# Schnellinformation

## Sitzung GEMEINDERAT - öffentlich

am Mittwoch, 26.11.2025, 17:00 Uhr, Mensa im UG der Steinbühlhalle in Mainhardt

TOP 1 Bekanntgaben Vorl.Nr.

---

**Beratungsverlauf:**

BM **Komor** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer, Frau Peters vom Haller Tagblatt als Vertreterin der Presse sowie die Mitglieder des Gemeinderats. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde und keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

Besonders begrüßt BM **Komor** die Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse der kaufmännischen Schule in Schwäbisch Hall, die zusammen mit ihrer Lehrerin Frau Feuchter schon seit dem Nachmittag da seien um sich über die Aufgaben einer Gemeinde, die Abläufe im Rathaus und die kommunalen Strukturen zu informieren. Er freue sich, dass sich junge Menschen für diese Themen interessierten und motiviert die Jugendlichen, Fragen zu stellen und auch künftig an den Sitzungen des Gemeinderats teilzunehmen. In wenigen Sätzen erläutert BM **Komor** die Zusammensetzung des aktuell amtierenden Gemeinderats, die rechtlichen Hintergründe der Beschlussfassung und die Abläufe in der Sitzung.

Mit der Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse über eine Zuschussgewährung an den TSV Ammertsweiler und den Abschluss eines Pachtvertrags für den Freibad-Kiosk mit Herrn Lapelosa steigt BM **Komor** sodann in die Tagesordnung ein.

TOP 2 Anfragen und Anregungen des Gemeinderats Vorl.Nr.

---

**Beratungsverlauf:**

Gemeinderätin **Röger** erkundigt sich, warum im Bereich des Neuwirtshaus die Geschwindigkeit nicht mehr wie bisher auf 50 km/h sondern nur noch auf 70 km/h reduziert sei. Dies erklärt BM **Komor** mit dem Hinweis auf die letzte Kreisverkehrsschau bei der von der Kommission vor Ort

festgestellt worden sei, dass der Grund für die Reduzierung, nämlich die Gaststätte, weggefallen sei und deshalb die Anordnung geändert werden müsse. Er selbst bedauere diese Entscheidung, zumal sich die Bushaltestelle noch immer dort befinde.

Auf Nachfrage von Gemeinderat **Feger** bestätigt BM **Komor**, dass die Bushaltstelle dort auf Privatgrund sei, was bis auf Weiteres auch so bleibe. Über die Flurneuordnung werde sich die Gemeinde in diesem Bereich aber Flächen zuteilen lassen um den Standort grundsätzlich sichern zu können.

Auf die Frage von Gemeinderätin **Röger**, warum an den Windrädern auf Mainhardter Gemarkung keine roten Warnlichter zu erkennen seien antwortet BM **Komor**, dass diese nur dann leuchteten, wenn sich ein Flugobjekt den Rotoren näherten. Dies entspräche dem Stand der Technik und ersetze die dauerhaft leuchtenden Warnlichter.

Gemeinderätin **Eisenträger** fragt nach, ob der Anhänger im Grünstreifen entlang der Gartenstraße dort rechtens abgestellt sei und ob im Bereich der Waldhalle wieder Warnbarken aufgestellt würden, um das Parken zu verhindern. BM **Komor** und Frau **Häfner** bestätigen, dass beide Punkte bekannt seien und auch zeitnah erledigt würden. Auch die Anzeige gegen Unbekannt wegen der Schmiererei am Bushäusle in Mainhardt sei erfolgt, versichert Frau **Häfner**.

Zur Frage nach dem weiteren Vorgehen an der Alten Schule informiert Herr **Lürtzing**, dass die Erstsicherungsmaßnahmen in Rücksprache mit der Versicherung bereits angelaufen seien. Die Decken im Obergeschoss seien abgesprießt worden und derzeit erfolge die Aufstellung des Gerüsts, das mit Netzen bespannt werden soll um Passanten vor herabfallenden Ziegeln und anderem zu schützen. Anschließend erfolge die Abtragung des Dachstuhls und der Aufbau eines Notdachs mit Plane, das das Gebäude vor den Witterungseinflüssen schützen soll. Ob das Gebäude wieder aufgebaut werden könne, werde in Absprache mit der Versicherung erst nach vollständig erfolgtem Rückbau der durch den Brand und die Löscharbeiten beschädigten Bauteile erfolgen können, macht Herr **Lürtzing** klar.

Die Zusammenarbeit mit der Versicherung laufe sehr gut, so Frau **Häfner**, die auf Nachfrage von Gemeinderat **Kemppel** bestätigt, dass der Neuwert des Gebäudes versichert sei und es sich bei dem Gebäude nicht um ein Denkmal handle.

Über den Stand des Breitbandausbaus und die weiteren Schritte werde noch informiert, verspricht BM **Komor**. Es werde hierzu entweder noch eine Veranstaltung geben oder zumindest eine Information über den Mainhardter Wald-Bote erfolgen.

Abschließend meldet sich Gemeinderat **Truckenmüller** zu Wort um allen Beteiligten seinen Dank für den sehr gelungenen Weihnachtsmarkt auszusprechen.

| TOP 3 | Einwohnerfragestunde | Vorl.Nr. |
|---|---|---|

**<u>Beratungsverlauf:</u>**

Ein Einwohner aus Hausenbühl meldet sich zu Wort um daran zu erinnern, dass im Zuge der Flurneuordnung unbedingt auch der Weg nach Hausenbühl ausgebaut werden müsse. Er habe dies bereits vor einiger Zeit in einer Sitzung angesprochen, sei sich aber nicht sicher, was aus

seiner Anregung geworden sei. BM **Komor** versichert darauf hin, dass diese Anregung an die Flurneuordnung weitergegeben worden sei. Dass die Maßnahmen noch nicht in diesem jetzt gestarteten dritten und offiziell letzten Bauabschnitt enthalten sei, bedeute nicht automatisch, dass sie nicht komme. Aus bereits abgeschlossenen Verfahren wisse er, dass solche Nachbesserungen oft erst ganz zum Schluss umgesetzt würden. Auf die Frage von Gemeinderat **Schanzenbach**, ob denn im dritten Bauabschnitt auch alle Wege umgesetzt würden, die geplant seien antwortet Frau **Häfner**, dass teilweise noch der genaue Trassenverlauf abgestimmt werden müsse, an der grundsätzlichen Planumsetzung aber festgehalten werde.

Die Mainhardter wollten ihre Alte Schule wieder unterstreicht ein Einwohner, der sich für den Wiederaufbau des durch den Brand zerstörten Gebäudes stark macht. Die Möglichkeiten müssten noch geprüft werden, so Herr **Lürtzing** der außerdem darüber informiert, dass die bislang dort eingelagerten August-Lechler-Bilder bis auf Weiteres im Rathaus untergebracht würden.

| TOP 4 | Bewirtschaftungsplan Gemeindewald 2026 | Vorl.Nr. 075/2025 |
|---|---|---|

**Beschluss:**

Dem Bewirtschaftungsplan 2026 für den Gemeindewald wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

**Beratungsverlauf:**

BM **Komor** begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den Revierförster, Herrn Werner Brosi, und übergibt ihm das Wort.

Herr **Brosi** gibt zunächst einen Rückblick auf das zurückliegende Waldjahr 2025 das gut gestartet sei. Im Frühjahr, während der Vegetationszeit, habe es an Niederschlag gefehlt, was aber im Sommer wieder ausgeglichen worden sei. Aufgrund der aktuellen Entwicklung am Holzmarkt liege der Holzpreis derzeit recht hoch. Er selbst gehe aber davon aus, dass dieser Preis bald auch wieder sinken werde. Herr **Brosi** geht dann konkret auf die Positionen im Finanzplan und auch im Naturalplan für 2026 ein, die beide der Sitzungsvorlage beiliegen.

Er erläutert den geplanten Holzeinschlag genau wie die anstehenden Pflege- und Aufforstungsarbeiten und stellt in Aussicht, dass der Gewinn höher als ursprünglich geplant sein werde. Da die Holzernte aber noch nicht vollständig abgeschlossen sei, handle es ich bei diesen Zahlen zunächst um eine Vorkalkulation, weshalb er diese nicht wie von Gemeinderat **Noller** angeregt, zu diesem frühen Zeitpunkt in die Darstellung einarbeiten könne.

Für 2026 rechne Herr **Brosi** mit einem Gewinn von ca. 9.000 € aufgrund des geplanten Holzeinschlags. Ein weiterer Schwerpunkt im Waldjahr 2026 werde die geplante Waldumwandlung im Bereich des Radwegs von Michelfeld nach Bubenorbis sein und die aktuelle mit dem Kreisplanungsamt in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde festgelegten Waldrandgestaltungsmaßnahmen, aus der die Gemeinde Ökopunkte generieren könne.

Auf Nachfrage von Gemeinderat **Kemppel** bestätigt Herr **Brosi**, dass der geplante Einschlag dem tatsächlichen Zuwachs entspräche, so wie es im aktuellen Einrichtungswerk vorsichtig geplant worden sei.

Mit Aufruf des Beschlussantrags bittet BM **Komor** schließlich das Gremium um Zustimmung zum Bewirtschaftungsplan 2026.

| | | |
|---|---|---|
| TOP 5 | Ergänzungssatzung "Dürrnast West"<br>- Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss | Vorl.Nr. 073/2025 |

**Beschluss:**

1. Der Gemeinderat stimmt der Aufstellung einer Ergänzungssatzung gemäß § 34 Abs. 4 Baugesetzbuch für den Bereich „Dürrnast West“ zu. Maßgeblich ist der Abgrenzungsplan vom 26.11.2025, gefertigt vom Fachbereich Kreisplanung.

2. Dem Entwurf der Ergänzungssatzung „Dürrnast West“ vom 26.11.2025, gefertigt vom Kreisplanungsamt wird zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Maßgeblich ist der Lageplan mit Begründung und Textteil vom 26.11.2025,

**Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wir mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

**Beratungsverlauf:**

BM **Komor** verweist auf die Sitzungsvorlage Nr. 073/2025 und erläutert den dazugehörigen Lageplan, der die Ergänzung des Weilers aufzeigt. Dahinter stehe der konkrete Wunsch Ortsansässiger, in Dürrnast bauen zu können. In der Vergangenheit seien solche Bestrebungen immer vom Gemeinderat unterstützt worden, weshalb er auch hier um die Zustimmung zum Aufstellungsbeschluss bitte.

Gemeinderätin **Eisenträger** erkundigt sich nach der Kostentragung für das Verfahren worauf hin Frau **Häfner** erklärt, dass die Kosten entsprechend der dazugewonnenen Bauflächen an die Grundstückseigentümer weitergegeben werden und somit keine Kosten auf die Gemeinde entfallen.

Gemeinderat **Föll** wundert sich über die Ergänzung im Osten, weil diese Fläche laut Eigentümer bereits in der letzten Abrundungssatzung enthalten gewesen sei. Frau Häfner stellt daraufhin richtig, dass die Fläche zwar teilweise überbaut aber nicht vollständig vom Geltungsbereich der bisherigen Satzung erfasst sei, was in dem Zuge nun nachgeholt werde.

Nachdem sich keine weiteren Fragen ergeben ruft BM **Komor** den Beschlussantrag zur Abstimmung auf.

| | | |
|---|---|---|
| TOP 6 | Wohngebiet "Bubenorbiser Feld" - Vergabe des Erschließungsauftrags an einen Erschließungsträger | Vorl.Nr. 070/2025 |

**Beschluss:**

1. Das Wohngebiet „Bubenorbiser Feld“ soll unter Hinzuziehung eines Erschließungsträgers erschlossen werden.

2. Der Auftrag für die Erschließung wird an den Erschließungsträger IBW – Bernd Willibald aus Bad Waldsee vergeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

**Beratungsverlauf:**

BM **Komor** erläutert die Sitzungsvorlage Nr. 070/2025 und verweist auf Erschließungen anderer Gebiete, wie etwa das Baugebiet Omega oder das Gewerbegebiet Äußerer Eichwald, die im selben Verfahren erfolgt seien.

Abschließend bittet er um Abstimmung des Beschlussantrags.

TOP 7 Investive Maßnahmen 2026 Vorl.Nr. 071/2025

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Planung der investiven Maßnahmen für 2026 zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

**Beratungsverlauf:**

Frau **Kübler** macht deutlich, dass eine Planung vor dem Hintergrund der inzwischen sehr angespannten finanziellen Lage der Gemeinde schwierig sei. Es gäbe aber Maßnahmen, zu deren Umsetzung die Gemeinde einfach verpflichtet sei. Teilweise sei mit diesen Maßnahmen auch schon begonnen worden und müssten nun zu Ende gebracht werden.

Frau **Kübler** erläutert dann die einzelnen Positionen im Kernhaushalt und erklärt jeweils deren Notwendigkeit, wobei es sich teilweise um Budgets handle, hinter denen noch keine konkrete Maßnahme oder Investition stehe.

Gleich im Anschluss an den Kernhaushalt erläutert Frau **Kübler** die Positionen im Wasserhaushalt und bittet dann um die Fragen dazu.

Gemeinderat Tilman **Schoch** möchte zunächst wissen, ob die eingeplanten Grundstückserlöse in Höhe von 400.000 € realistisch seien, was BM **Komor** bejaht.

Die Umverlegung der Wasserleitung sei für den Bereich Ortsausgang Geißelhardt geplant, beantwortet BM **Komor** die Frage von Gemeinderat **Schanzenbach** und gibt Gemeinderat **Feuchter** recht in seiner Aussage, dass die Erschließung Sandäcker nicht eingeplant werde.

Gemeinderätin Dr. **Walz** hinterfragt die Position für den Austausch der Atemschutzgeräte worauf hin Herr **Wagenländer** erklärt, dass dies nicht prophylaktisch erfolge, sondern deshalb, weil für die vorhandenen andernfalls keine TÜV-Bescheinigung mehr erteilt werde.

Gemeinderat **Noller** möchte wissen, ob die Umstellung auf Digitalfunk unbedingt erforderlich sei, was Herr **Wagenländer** mit dem Hinweis auf die jetzt noch bestehende Zuschussmöglichkeit bejaht.

Die Position „Mönchstraße“ betreffe den nächsten Bauabschnitt beantwortet BM **Komor** die Frage von Gemeinderätin **Eisenträger** und erläutert dann die von Gemeinderat **Wagner** angesprochenen Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes. Diese sogenannten LuKIF-Mittel sollen in Baden-Württemberg tatsächlich größtenteils den Kommunen zu Gute kommen, was dann auch in Mainhardt zu einer deutlichen Entspannung führen werde. Allerdings könnten die Mittel noch nicht jetzt abgerufen werden, macht BM **Komor** deutlich.

Frau **Kübler** bestätigt, dass die Gemeinde ihr Investitionsprogramm zunächst ohne diese Mittel auf den Weg bringen müsse und antwortet Gemeinderat **Kemppel** deshalb auf seine Frage, dass für die jetzt hier aufgelisteten Investitionen in Höhe von insgesamt 3,7 Mio € auf jeden Fall Kredite aufgenommen werden müssten. weil die Mittel nicht selbst erwirtschaftet werden könnten. Die Pro-Kopf-Verschuldung, die schon wegen des Zensus-Ergebnisses steige, werde künftig dann etwas bei 2.800 € liegen.

| | | |
|---|---|---|
| TOP 8 | Aktueller Stand der Ganztagsbetreuung an der Helmut-Rau-Schule mit Blick auf den ab 2026 geltenden Rechtsanspruch | Vorl.Nr. 072/2025 |

**<u>Beratungsverlauf:</u>**

Um über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Ganztagesbetreuung zu informieren wurde von Herrn **Göbel** die Sitzungsvorlage Nr. 72/2025 erarbeitet, die von ihm darüber hinaus anhand einer Präsentation ausführlich erläutert wird. Dabei geht er sowohl auf den gesetzlichen Rahmen als auch auf die unterschiedlichen Modelle zur Umsetzung des Rechtsanspruchs ein. Dabei macht er deutlich, dass sich die Lösung der Umsetzung in Form einer Ganztagesschule komplett von der ergänzenden freiwilligen Betreuung, für die man sich in Mainhardt entschieden habe, unterscheidet. Auch wenn die Ganztagesschule den Vorteil habe, dass die Kosten vom Land getragen würden und für die Familien daher kostenlos sei, so habe sie doch auch erhebliche Nachteile, etwa in der Flexibilität. Nachfolgen stellt Herr **Göbel** die Modelle gegenüber um anschließend den Gemeinderäten die Ist-Situation in Mainhardt in Erinnerung zu rufen, den personellen und finanziellen Aufwand darzustellen und einen Ausblick auf die künftige Entwicklung zu geben, für die er Mainhardt gut aufgestellt sehe.

In der anschließenden Aussprache werden aus der Mitte des Gremiums verschiedene Fragen

laut, etwa nach der Kostentragung, der Deckung durch Gebühren, den Wünschen der Familien, der Verpflichtung zur Teilnahme, der Wahlmöglichkeit des Schulorts oder der Auswahl der Betreuer. Herr **Göbel** und BM **Komor** machen aber deutlich, dass es zunächst nur darum gehe, das Gremium über den aktuellen Stand zu informieren. Konkrete weitere Schritte, wie etwas Gespräche mit der Schulleitung oder den Eltern hätten bislang noch gar nicht stattgefunden. Dafür sei es noch zu früh, da es noch zu viele Unbekannte gebe. Klar sei aber, dass Mainhardt mit ihrem Modell aktuell den Rechtsanspruch erfülle, unterstreicht Herr **Göbel**.

Zur aktuellen Situation der Ganztagsbetreuung merkt Gemeinderätin **Eisenträger** an, dass Sie nicht der Meinung sei, dass die Zusammenlegung der unterschiedlichen Klassenstufen in der Betreuung eine Verbesserung gegenüber bisher darstelle. Immerhin seien es dadurch jetzt insgesamt 70 Kinder, die zusammen betreut werden müssten. Sie überlege daher, ob es vielleicht möglich sei, gewisse Kriterien für die Aufnahme festzulegen und möchte außerdem wissen, ob die Betreuung irgendwann ganz an die AWO übergehen solle.

Herr **Göbel** räumt ein, dass die Ganztagsbetreuung große Personalressourcen binde, weshalb er froh sei, in der AWO einen verlässlichen und erfahrenen Partner gewonnen zu haben.

Gemeinderat **Kemppel** erkundigt sich, ab wann der Anspruch auf eine Betreuung in den Ferien greife. Hierzu macht BM deutlich, dass dieser Anspruch bereits ab dem 1. Kind, für das er angemeldet werde, auch umgesetzt werden müsse. Allerdings bestehe der Anspruch nicht darin, dass dieses Kind direkt vor Ort betreut werde. Es wäre daher rechtliche durchaus möglich, dass sich mehrere Kommunen bei der Ferienbetreuung zusammenschlössen.

Selbstverständlich bleibe man an dem Thema dran und spreche zu gegebenen Zeitpunkt sowohl mit der Schule als auch mit den Familien, versichert BM **Komor** auf die Bitte von Gemeinderat **Kemppel** und schließt dann diesen Tagesordnungspunkt.

| | | |
|---|---|---|
| TOP 9 | EMW GmbH & Co. KG - Bestellung eines Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2025 | Vorl.Nr. 076/2025 |

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beauftragt BM Komor, in der Gesellschafterversammlung für die Prüfung des Jahresabschlusses 2025, einschließlich der Prüfung nach § 53 Abs. 1 HGrG (Haushaltsgrundsätzegesetz), die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BW Partner zu beauftragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

**Beratungsverlauf:**

BM **Komor** erläutert den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage Nr. 076/2025 und stellt den Beschlussantrag zur Abstimmung, nachdem sich aus der Mitte des Gremiums keine Fragen ergeben.

| | | |
|---|---|---|
| TOP 10 | Bausachen | Vorl.Nr. |

**Beratungsverlauf:**

Aktuell liegen keine Bausachen zur Beratung vor weshalb BM **Komor** diesen Tagesordnungspunkt und damit auch die öffentliche Sitzung schießt.